Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 47 (1953)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : der Kampf gegen den Frieden ; Was auf dem Spiel steht ; An der asiatisch-afrikanischen Front ; Von Douglas zu McCarthy ; Treibende Kräfte ; Wird England unabhängig? ; "Frankreich stirbt sachte ab" ; Deutsche Neuorientierung?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139795

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Doch nie kann die Schöpfung aufgegeben werden. Das Vergehen, das Nichts, das Chaos, der Tod in ihr, die leidvollsten Dinge im persönlichen Leben und im Leben der menschlichen Gemeinschaft treten erlebt und erlitten hervor und werden emporgehalten vor das Angesicht des Einen, Unsichtbaren, des Herrn über allem. «Denn aus ihm und durch ihn und zu ihm ist alles; sein ist die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.» (Römer 11,36.) So bekennen auch diese Gedichte. Das geschieht aber nicht im Sinne einer dichterischen Verklärung, sondern als Anrufung Gottes, als Hilferuf und Aufschrei. Es sind in ihnen die zitternde Erwartung der Gnade und die staunende Erkenntnis ihrer überraschenden Gegenwart.

«Aus sich wandelnder Zeit» — dieses bestimmende Vorzeichen zieht sich durch den ganzen Gedichtband. Uebermächtig muß gerade für die Seele, der das Licht des Einen aufgeleuchtet ist, der der Ewige ist, der Strudel und das Brausen und Stürmen einer Zeit sein, die, wie die unsrige, sich zu tiefst wandelt, in die der Mensch wie in einem dunklen, unentwirrbaren Schicksal und Geschick verstrickt ist und mit seinem Rasen und Dahinstürzen der stärkste Ausdruck dieser sich wandelnden Zeit wird. Das Los des Menschen wird einmal wieder von der Zeit entschieden, und allmächtig scheint ihre Gewalt. Ist das Menschenleben und das Menschenschicksal so nichtig, daß die Zeit und ihre Gewalten es so verwandeln, ja verbrennen und vernichten können, wie es in den letzten Jahrzehnten geschah? Auch dieser Frage weicht Margarete Susmann nicht aus. Wie sollte das aber geschehen können, ohne daß diese Gedichte von der Verfasserin eigenem Schicksal und eigener Verstrickung reden müßten?

Besonders bedeutsam scheint dem Schreibenden gerade in diesem Zusammenhang das Ringen um Israel und um Christus. Es steigt auf aus dem rasenden Geschehen dieser Zeit, wird zu einem Ruf zur Heimkehr und Umkehr, zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer neuen Begegnung der Seele, des Menschen in der Welt mit Gott und seinem Reiche. Wie abgründig tief und wie unerträglich leidvoll diese Zeit ist, gerade daraus erhebt sich die Frage nach dem lebendigen Gott und seinem Reich. Und so auch die Frage nach Christus. Alle diese Gedichte formen sich entweder zum Gebet, zur Frage oder zum Anruf. Sie sind ein Stück des Ringens mit Gott in einer sich wandelnden Zeit. Sie sind die Frage nach der richtenden und rettenden Hand des Höchsten.

Diese Gedichte sind im ganzen Bereich ihres Inhaltes Konfessionen einer Seele, tiefste Anteilnahme dieser Seele an der Welt und ihrem Gewande: der Zeit. Auch in diesem Ringen im Reiche des Selbst und seiner Beziehung zu den Menschen wird die tiefe Erschütterung und Wandlung unserer Zeit offenbar. Sie werden zum Schmerz. Das letzte Wort der Dichterin scheint hier das Wort vom Schicksal. Ist dies aber wirklich das Wort des Lebendigen, das Wort zwischen dem Ich und dem Du, das Nicht-Ich ist? Leuchtet hier nicht strahlend und befreiend die Wirklichkeit Christi auf, von dem Margarete Susmann wie mit verhaltenem Atem redet und jenes letzte Wort aus den Gedichten selbst:

«O Brüder; gleiches Lieben, Weinen, Beten,
Auch wo die Bilder uns im Sturm verwehten —
Und quer durch aller Erdenwelten Krachen
Der leise, übergroße Klang vom Reich!»

Albert Böhler

WELTRUNDSCHAU

Der Kampf gegen den Frieden Wir haben in unserer Mai-Rundschau den *Vorstoß Churchills* zugunsten einer friedlichen Lösung der West-Ost-Spannung mit Genugtuung begrüßt. Wohlweislich haben wir aber gleich bemerkt,

der Erfolg dieses Vorstoßes sei an die Bedingung geknüpft, daß Großbritannien entschlossen und hellsichtig genug sei, um der amerikanischen Katastrophenpolitik in die Zügel zu fallen, und bezweifelt, ob Churchill der Mann sei, einer entsprechenden Aktion Westeuropas als Führer zu dienen. Denn daß die *Gegenaktion der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten* nicht auf sich warten lassen würde, stand ja von vornherein fest, und die Frage war von Anfang an, wieviel Kraft und Klarblick Churchill und seine offenen und stillen Verbündeten für die Weiterverfolgung ihres Plans aufbringen würden.

Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß außerhalb Amerikas der Großteil auch der nichtkommunistischen Welt, in Europa ebenso wie in Asien, die Absicht des britischen Ministerpräsidenten *grundsätzlich* lebhaft unterstützt und ihr sehnlichst Erfolg wünscht. Das Gefühl, daß eine längere Fortsetzung des Kalten Krieges gegen den Ostblock, namentlich in der Form der Eisenhower-Dullesschen «Befreiungspolitik», unausweichlich zum Heißen Krieg führen müsse, ist hier allmählich so stark und so beunruhigend geworden, daß der Wille offenkundig wächst, auch um den Preis von Opfern die mindestens für Europa tödliche Gefahr noch rechtzeitig abzuwenden. In Amerika — genauer gesagt: in den wirtschaftlich und politisch herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten, die nun auch die Regierungsverantwortung tragen – denkt man anders. Und zögert nicht, auch demgemäß zu handeln. Was sollte ein Krieg auch dem durch zwei Meere und ein vollkommenes Radarsystem geschützten Amerika anhaben können? Von den bisherigen zwei Weltkriegen hat es ja nur profitiert, im höchsten Maße sogar, sowohl wirtschaftlich wie politisch. Also nur immer forsch drauflos! Und Präsident Eisenhower, der vielleicht persönlich eher verständigungsbereit wäre, aber schon im Wahlkampf vom letzten Jahr bewiesen hat, daß er am liebsten auf der Linie des geringsten Widerstandes vorgeht, ist ja immer bereit, dem Drängen und Drücken der «Harten» nachzugeben, die, oft in massivster Form, jede Regung der Vernunft und des guten Willens als abscheulichen Verrat an der «freien Welt» brandmarken und mehr als je darauf bestehen, daß den Kommunisten die gepanzerte Faust unter die Nase gehalten werde — und nicht nur *unter* die Nase. So hat er sich denn auch jetzt unverzüglich ans Telephon gehängt und Churchill eine *Konferenz auf den Bermudainseln* vorgeschlagen, an der er dem britischen Premier wohl möglichst unter vier Augen den amerikanischen Standpunkt klarzumachen beabsichtigt. Auch der französische Ministerpräsident ist höflichkeitshalber eingeladen worden; aber man weiß ja vorerst wieder einmal nicht, wer das sein wird. Zu sagen hat er ohnehin nichts, außer daß er natürlich ganz und gar zu Amerika halte, von dessen Dollars sich Frankreich hoffnungslos abhängig gemacht hat. Darüber später noch einiges.

Moskau hat seinerseits in einem wieder bemerkenswert sachlichen und vernünftigen Artikel der «Prawda» Churchills Konferenzanregung

unterstützt, aber es entschieden abgelehnt, in der Rolle des reuigen Sünders durch «Vorleistungen» (Korea, Deutschland, Österreich usw.) seine Aufrichtigkeit zu beweisen und dann an einer «Konferenz auf höchster Ebene» einem Westblock gegenüberzutreten, der mit fertigen Bedingungen, die à prendre ou à laisser wären, aufrücken würde. Wenn man in Washington wirklich annehmen sollte, die Russen ließen sich auf ein solches Spiel ein, bei dem sie von vornherein kapitulieren müßten, wenn sie nicht wieder als hinterhältige Friedensfeinde denunziert werden wollten, dann versteht man dort von der «psychologischen Kriegführung», auf die sich die Amerikaner so viel zugute tun, noch nicht einmal die Anfangsgründe. Mit solch totalitären Methoden kommt der Westen gerade auch der Sowjetunion (und China!) gegenüber nicht weiter; das sind die Methoden der *Kriegführung* — bei der es darauf ankommt, den Gegner so gründlich wie möglich zusammenzuschlagen und dem eigenen Willen zu unterwerfen —, nicht diejenigen des Friedeschaffens! Es ist darum auch durchaus verfehlt, die sowjetische «Friedensoffensive» und neuerdings wieder den Artikel der «Prawda» als mehr oder weniger plumpen Versuch, zur Förderung der angeblichen Kriegspläne der Russen einen Keil zwischen die Westmächte zu treiben, abtun zu wollen.

Der Fall liegt doch genau umgekehrt: die Russen haben jeglichen Grund, mit ganzem Ernst die Einstellung des Kalten Krieges zu erstreben, bevor er in den Heißen umschlägt, und es ist heute offenkundig Amerika, das den «Ausbruch» des Friedens fürchtet und um jeden Preis zu hintertreiben strebt. Wobei Herr Adenauer, sein europäischer Geschäftsführer, zusammen mit Syngman Rhee und Tschiang Kai-Shek, kräftiglich mithilft, Churchills Initiative zum Scheitern zu bringen, deren Erfolg, wie der «New Statesman» (23. Mai) schreibt, nichts anderes bedeuten würde als «den Zusammenbruch der westeuropäischen Union, die Adenauer zu beherrschen hofft, das Ende der Aufrüstung, die jetzt von den westdeutschen Industriellen zur Stützung der Wirtschaftskonjunktur gefordert wird, und vor allem den Zusammenbruch der Stellung, die er selbst als Amerikas bevorzugter und meistbegünstigter Europäer errungen hat . . . Wenn man einmal Dr. Adenauer seinen Willen läßt und ihm erlaubt, Viermächteverhandlungen sowie eine friedliche Lösung des deutschen Problems zu durchkreuzen, dann kann Europa recht wohl ein größeres und grauenhafteres Korea werden.»

Was auf dem Spiel steht Amerika und seine Sekundanten haben in der Tat alle Ursache, sich ihr Konzept durch die Sowjetunion nicht verderben zu lassen. Es sieht ja ganz darnach aus, daß die ebenso geduldig und geschmeidig wie entschlossen geführte diplomatische Offensive Moskaus von der Ueberzeugung ausgeht, der psychologische Augenblick sei gekommen, um durch *Isolierung der Kriegskräfte* den Frieden für unsere Generation zu retten. Schon Stalin hat in seinem «Testament» (wir meinen seinen letzten Auf-

satz «Wirtschaftliche Probleme des Sozialismus in der Sowjetunion») davon gesprochen, daß die inneren Schwierigkeiten und Gegensätze der kapitalistischen Welt im Zunehmen begriffen und die Gefahr eines kriegerischen Austrags des West-Ost-Konfliktes zu verringern geeignet seien. Seine Nachfolger scheinen zielbewußt darauf auszugehen, aus dieser Möglichkeit eine Wirklichkeit zu machen und sich mit den eher verständigungswilligen Kreisen der nichtkommunistischen Welt zu verbünden, um die einer kriegerischen Kraftprobe zustrebenden Mächte, die ihren Hauptsitz in den Vereinigten Staaten haben, zu neutralisieren[1]. Daß diese Mächte aber ihr Letztes einsetzen, um ihren großen Plan — die Zerschlagung der kommunistisch regierten Staaten in Osteuropa und Ostasien und damit der weltweiten revolutionären Bewegung unserer Zeit — nicht durchkreuzen zu lassen, ist selbstverständlich.

Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Vorstellung von einer militärischen Bedrohung der «freien» Welt durch die Sowjetunion, die mit allen Mitteln moderner Propagandatechnik so mühsam aufgebaut werden mußte, in den nichtkommunistischen Ländern um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Die Organisatoren des «großen Planes» wissen natürlich so gut wie jeder wohlunterrichtete Beobachter der Zeitereignisse, daß diese Vorstellung den Tatsachen widerspricht. Die *wirkliche* Gefahr, die der kapitalistischen Welt von der Sowjetunion her droht, ist — wie hier schon manchesmal gezeigt wurde — ganz anderer Art. Der Oxforder Professor Tom Balogh spricht es in der ersten Nummer einer verheißungsvollen jungen Zweimonatsschrift, der «Tribune des Peuples», die als Organ eines Kreises englischer und französischer demokratischer Linkssozialisten in Paris erscheint, neuerdings aus:

«Während sich die westeuropäische Produktion im Jahre 1952 nicht weiterentwickelt hat, schreitet die Sowjetunion ständig vorwärts . . . Es ist nicht wenig erschreckend, wenn man feststellen muß, mit welcher Schnelligkeit die laufende Erzeugung von Verbrauchsgütern in Rußland im Begriffe steht, diejenige des Westens einzuholen, besonders wenn man an das elende Lebensniveau denkt, von dem die Russen ausgegangen sind . . . Der westeuropäische Verbrauch je Kopf der Bevölkerung hat sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren nicht merklich gehoben . . . Diese Stockung sticht von den raschen Fortschritten in Rußland sehr ungünstig ab. Die Fortschritte in Amerika sind während der gleichen Zeit zwar noch größer gewesen, aber Amerika war seit 1890 immer das industriell am weistesten vorgeschrittene Land und ist auch nicht zweimal durch Kriege verheert worden.»

Im gleichen Heft stellt Georges Suffert fest, es sei vorauszusehen, daß «unter Berücksichtigung des Wachstumstempos in Frankreich beziehungsweise in der Sowjetunion zwischen 1955 und 1960 die durch-

[1] In diesen Zusammenhang gehören auch der sowjetische Friedensschritt gegenüber der Türkei, die Erleichterungen in der russisch besetzten Zone Österreichs und die Umstellung der Innenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Jammervoll, aber durchaus nicht überraschend ist nur, daß die Westmächte und ihre geistigen Satelliten (auch in der Schweiz) nichts anderes zu tun wissen, als mit konsequenten Verdächtigungen und Gehässigkeiten gegenüber den «heimtückischen» Plänen der Sowjetunion darauf zu reagieren. (12. Juni.)

schnittliche Lebenshaltung der Sowjetbürger diejenige der Franzosen erreicht haben wird».

Professor Balogh warnt davor, durch übertriebene Kriegsrüstungen die westeuropäische Produktionskraft noch weiter zu schwächen:

«Die Verminderung der Kapitalanlagen in Westeuropa, besonders in Großbritannien und Frankreich, zu der uns die Aufrüstung gezwungen hat, scheint in den wichtigsten Wirtschaftszweigen die Sowjets bald in den gleichen Rang wie Europa zu bringen. Sicher wird die Raschheit der sowjetischen Fortschritte eine verhängnisvolle Anziehungskraft auf all die Länder ausüben, deren natürliche Wirtschaftskräfte aus Kapitalmangel noch wenig entwickelt sind und in denen — nebenbei gesagt — die Bevölkerung selten die Wohltaten der Demokratie genießt.»

In der Tat: *diese* Aussicht ist es, die die Nutznießer und Gläubigen der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung in steigendem Maße beunruhigt und sie antreibt, den Kommunismus — worunter man vor allem seine revolutionär-sozialistische Seite versteht — gewaltsam zu liquidieren. Nur darf man das eben nicht so offen sagen. «Dem Volke muß die Religion erhalten werden» — hier: der Glaube an den drohenden Angriffskrieg der Sowjetunion. Wird in der außerkommunistischen Welt dieser Glaube erschüttert, dann droht das ganze politisch-militärische Machtgebäude der Westalliierten mitsamt der so schön aufgeputzten Befreiungsideologie zusammenzustürzen. Und das muß unter allen Umständen verhindert werden. Darum die stereotype Kennzeichnung aller russischen (und chinesischen) Friedensbemühungen als bloß getarntes Kriegsmanöver. Und darum — hier liegt die große Gefahr — die ständigen Versuche, die Sowjetunion wie das neue China *zu militärischen Aktionen zu reizen,* die dann als Beweis für ihre Angriffsabsichten gelten könnten. Darum aber auch für die Sowjetunion wie für die Chinesische Volksrepublik die unbedingte Pflicht, solchen Herausforderungen zu *widerstehen.* Darauf legt besonders nachdrücklich die Neuyorker «Monthly Review» (Maiheft) den Finger:

«Es hätte keinen Wert, die Tatsache verschleiern zu wollen, daß der Sowjetblock in der Vergangenheit solchen Herausforderungen nicht konsequent und erfolgreich widerstanden hat. Die Blockade von Berlin war eine Antwort auf die irritierendste Herausforderung — die Errichtung eines westdeutschen Staates dem Potsdamer Abkommen zum Trotz —, aber ihr Schlußergebnis war keine Begünstigung der Interessen des Sowjetblockes, sondern eine solche der Interessen der deutschen Reaktionäre und der amerikanischen Antreiber des Kalten Krieges. Ebenso war — gleichgültig wie der Koreakrieg losging — der nordkoreanische Versuch, Südkorea zu besetzen, offenkundig durch die planmäßigen Machenschaften Syngman Rhees und seiner Komplizen, darunter Dulles, provoziert; wer daran zweifelt, sollte I. F. Stone's ‚Geheimgeschichte des Koreakrieges' lesen. Was aber dabei herauskam, war nicht die Einigung Koreas, sondern die Militarisierung Amerikas.»

Beispiele von *Widerstand* gegen die Versuchung zu militärischem Losschlagen waren anderseits — das sei doch beigefügt — die Weigerung der Sowjetunion, in den Koreakrieg einzugreifen, und die gleiche Zurückhaltung Chinas — bis zu dem Augenblick, da MacArthur direkt auf die Mandschurei losmarschierte.

Die «Monthly Review» hat zweifellos recht, wenn sie befürchtet, daß solche Provokationen auch in Zukunft zu erwarten seien und «verzweifelte, listenreiche Charaktere wie Tschiang Kai-Shek und Syngman Rhee, wie Konrad Adenauer und John Foster Dulles» vollkommen imstande wären, sie zu organisieren. Die nächste Zukunft sei jedenfalls voller Gefahren, und alles komme darauf an, daß die Leiter des Sowjetblockes sich unter keinen Umständen herausfordern ließen:

«Wenn sie standhaft den Provokationen widerstehen und sie erfolgreich als Bestandteile der aggressiven Absichten der herrschenden Klasse Amerikas bloßstellen, dann mögen die Tschiang, Rhee, Adenauer und Dulles ihre größte Niederlage erleiden. Dann sähe sich die Friedensoffensive tatsächlich ihrem Ziel nahe, und die herrschende Klasse Amerikas stände vor der Wahl, entweder ‚es allein zu machen', mit Aussicht auf eine fast sichere Niederlage, oder aber eine echte Gesamtregelung erstreben zu müssen, die den Grund für eine ausgedehnte Periode friedlichen Zusammenlebens legen könnte.»

An der asiatisch-afrikanischen Front Inzwischen stehen die Führer der Welt des «freien Unternehmertums» unschlüssig vor dem Problem, wie der steigenden Flut des Kommunismus in den unterentwickelten Ländern farbiger Rasse zu wehren sei. «U. S. News and World Report» (15. Mai) entwirft ein düsteres Bild von der Lage: «Ein von oben bis unten kommunistisches *Südostasien* ist eine immer aussichtsreichere Wette.» Kennzeichnend sei der kommunistische Einfall in *Laos*, ein kombiniertes militärisch-politisches Unternehmen, für das sich dessen Leiter jahrelang Zeit lassen könnten. Bereits zeichne sich auch die Gefahr eines kommunistischen *Thailand* (Siam) ab, von dem aus *Burma* wie *Malaia* bedroht werden könnten. Eine wirksamere Gegenoffensive der Westalliierten stehe nicht in Aussicht. Frankreich könne keine weiteren Verstärkungen nach *Indochina* schicken und würde die ganze Last seines dortigen Krieges am liebsten auf Amerika abwälzen. Großbritannien denke überhaupt nicht daran, Truppen oder Flugzeuge in die bedrohten Gebiete zu entsenden, und ein Eingreifen der Vereinten Nationen nach koreanischem Muster komme ebenfalls nicht in Frage. «Kurz: die Aussichten für die Kommunisten in Asien sind günstig. Die kommunistischen Methoden sind wirksam. Die Alliierten haben sich noch nicht ausgedacht, wie sie ihnen entgegentreten könnten.»

Oder sie können sich doch nur vorstellen, daß hier eben wieder *Gewalt angewendet* werden müsse. General Clark, der UNO-Oberbefehlshaber in Korea, hat («New York Times», 27. 3.) nach einer Rundreise auf den Philippinen, in Indochina, Hongkong und auf Formosa eine Gesamtplanung für die Verteidigung dieser vorgeschobenen Stellungen des westlichen Imperialismus befürwortet. «Wir können», sagte er, «die Kriege in Korea und Indochina und die Lage in Japan, in Hongkong, auf den Philippinen und an anderen Orten nicht voneinander trennen. All das steht in engem Zusammenhang. Die Aktionen

in Ost- und Südostasien sollten unbedingt koordiniert werden, und ich glaube auch, das ist bereits im Gang.» Natürlich unterstützten die sogenannten Nationalchinesen diese «Koordination» lebhaft. T. F. Tsiang, der Vertreter der Formosa-Regierung bei den Vereinten Nationen, warnte im Neuyorker «New Leader» (16. 2.) dringend vor jeder Verständigung mit der Chinesischen Volksrepublik und verlangt für Tschiang Kai-Shek genügend alliierte Unterstützung, damit «das freie China selbständig das Festland angreifen und befreien könne.» Chinas Stellung im Fernen Osten sei derjenigen Deutschlands in Europa zu vergleichen. «Man überlasse Deutschland den Kommunisten, und wir werden Europa verlieren. Man nehme das kommunistische Regime in China als fertige Tatsache hin, und wir geben unvermeidlicherweise den ganzen Fernen Osten preis, einerlei wieviel wir in Korea, Indochina und Malaia zu tun suchen. Ohne die Zurückgewinnung des chinesischen Festlandes ist eine Zurückdrängung des Kommunismus in Asien unmöglich[2].

Das ist auch die vorherrschende Auffassung in Amerika — und zwar nicht allein bei den Scharfmachern der «asiatischen Schule» und den Rechtsrepublikanern, sondern grundsätzlich auch diejenige des Präsidenten und seines Außenministers, ja sogar Adlai Stevensons, des demokratischen Parteikandidaten bei den Präsidentschaftswahlen des letzten Herbstes.

Die Waffenstillstandsverhandlungen in *Korea* scheinen zwar im Augenblick, da wir schreiben, dank nordkoreanisch-chinesischem Einlenken auf die jüngsten, als ultimativ bezeichneten alliierten Vorschläge, einem guten Ende entgegenzugehen[3]. Aber daß die Vereinigten Staaten nun auf die Weiterführung ihres Planes, das kommunistische Regime

---

[2] Wenn von «Rotchina» die Rede ist, so wird dies häufig als Satellit der Sowjetunion hingestellt. Dem widerspricht nicht nur die ganze Geschichte der chinesischen Revolution, die eine selbständige, ohne russische Hilfe, ja anfangs gegen russischen Willen durchgeführte Bewegung ist, mag auch ihre Ideologie noch so sehr kommunistisch sein. Auch der im vergangenen März abgeschlossene sowjetisch-chinesische Handelsvertrag redet eine ganz andere Sprache. China liefert danach der Sowjetunion Rohstoffe, Nahrungsmittel und Fertigwaren, während die Sowjetunion vor allem Kapitalgüter ausführt: Maschinen, Werkzeuge, Apparate und sonstige Hilfsmittel für die Anlage von Kraftwerken, Fabriken, Bergwerken usw. Scott Nearing, der in seinen «World Events» (jetzt als Bestandteil der «Monthly Review» allmonatlich erscheinend) darauf aufmerksam macht, bemerkt mit Recht: «Statt China fabrizierte Verbrauchsgüter zu liefern, was der typische kolonial-imperialistische Güteraustausch ist, versorgt die Sowjetunion China mit Hilfsmitteln für die Industrialisierung und macht dieses Land so zum Selbstversorger mit Fertigwaren. Das steht völlig im Gegensatz zu der typisch kolonial-imperialistischen Politik.»

[3] Bereits ist das Abkommen über den Austausch der Kriegsgefangenen, nach vielmonatigem zähem Ringen um diesen letzten Streitpunkt, fertig unterzeichnet — Gott sei Dank! Aber welch bemühende Rolle hat dabei unser Bundesrat gespielt! Ohne sich die Mühe zu nehmen, die tatsächliche Lage in Korea zu erforschen, beeilte er sich in dünkelhafter Pedanterie, der Welt eine Gratislektion in wahrer Neutralität zu geben, indem er die Mitwirkung schweizerischer Vertreter beim Gefangenenaustausch davon

in Nordkorea und China gewaltsam zu liquidieren, irgendwie verzichten würden, davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Es braucht gar nicht erst den theatralischen Widerstand der südkoreanischen Regierung gegen einen Waffenstillstandsvertrag, um Washington daran zu erinnern, daß es in Korea eingegriffen hat, um das «rote» Nordkorea auszulöschen und damit eine Operationsbasis für den Sturz des revolutionären Regimes auch in China zu gewinnen. Was MacArthur begonnen hat, wird Eisenhower nicht fahren lassen; höchstens daß Amerika seine gegenrevolutionäre Ostasienaktion in Zukunft weniger mit eigenen Streitkräften als mit denjenigen Südkoreas und Japans zu führen gedenkt[4].

Das säbelrasselnde Scharfmachertum der südkoreanischen Regierung ist übrigens doppelt bemühend angesichts der Tatsache, daß nach einem Bericht von Dr. Elfan Rees, dem Sachverständigen des Weltrates der Kirchen für Flüchtlingsfragen, die Lebensbedingungen in Korea die schlechtesten in der ganzen Welt sind. Die ganze Nation lebe in bitterster Armut. Besondere Not litten die 125 000 Waisen und verlassenen Kinder; dazu kämen 70 000 Taube und Verkrüppelte, eine unbekannte Anzahl von Kriegskrüppeln, etwa 15 000 herumschweifende Jugendliche und 300 000 mittellose Witwen und Kinder. (Nach der in der «Neuen Zürcher Zeitung» veröffentlichten Zusammenfassung des

---

abhängig machen wollte, daß auch die südkoreanische Regierung ihre ausdrückliche Zustimmung gebe. Dies ausgerechnet in dem Augenblick, da Syngman Rhee und seine Leute alles taten, um einen Waffenstillstand zu hintertreiben! Es brauchte schon ein höchst deutliches Abwinken aus Washington, um Herrn Petitpierre klarzumachen, daß er nur das elende Spiel der südkoreanischen Machthaber begünstige, wenn er auf seinem «Vorbehalt» bestehe. Der Bundesrat hat denn auch schleunigst den Rückzug angetreten, mit der Entschuldigung, daß er eben nicht genügend informiert gewesen sei...

Die ganze Sache ist recht blamabel für unsere weisen Regierer, die damit dem Rufe der Schweiz unendlich mehr geschadet haben als der Kommunist Emil Arnold, der jetzt wegen seiner vor zwei Jahren (!) gehaltenen Budapester Rede für acht Monate ins Gefängnis muß. Aber es wird für unsere Diplomatie noch ganz andere Niederlagen geben, wenn wir nicht endlich einmal den selbstgerechten, krankhaften Neutralismus ablegen, der so bösartig ausschlägt, wenn man ihm irgendwie zu nahe tritt! (12. Juni.)

[4] Mit dem in Aussicht stehenden Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea fällt vorderhand auch die Forderung Senator Tafts und anderer «Isolationisten» dahin, die Vereinigten Staaten müßten, wenn die Nordkoreaner und Chinesen nicht nachgäben, eben den Koreakrieg auf eigene Faust weiterführen. Es verdient aber festgehalten zu werden (weil unsere Presse darüber nur sehr nebenbei berichtet hat), daß Taft gleichzeitig auch wieder einmal mit dem Austritt Amerikas aus der UNO gespielt hat, die im Widerspruch zum Geist und zum Buchstaben ihrer Satzung zu einer bloßen Militärallianz für die Bekämpfung des Kommunismus herabgesunken und praktisch durch die Nordatlantikpakt-Organisation, dieses «Militärbündnis alten Stils», ersetzt worden sei. Entweder müsse jetzt die Satzung der UNO neu gefaßt werden, oder aber müsse Amerika die Organisation der Vereinten Nationen verlassen. Auf jeden Fall sei die Aufrechterhaltung einer Weltallianz zur Bekämpfung des Kommunismus kaum lange möglich, da Amerika die Kosten dafür ja doch nicht bezahlen werde und seine Verbündeten keine Lust hätten, das nötige Menschenmaterial zu liefern.

Berichtes handelt es sich offenbar immer um Südkorea.) Wie bei solchen Zuständen lebendige, fühlende und denkende Menschen noch weiter den Irrweg einer militärischen Zerschlagung der asiatischen Freiheitsbewegung gehen können, die ja nur infolge des fürchterlichen Versagens der europäisch-amerikanischen Völker gegenüber dem Problem der «zurückgebliebenen» Rassen mehr und mehr unter kommunistische Führung gerät — das ist eines der großen Rätsel unserer Zeit, für die es keine verstandesmäßige Lösung gibt.

Jedenfalls denkt man in der Zentrale der westlichen Welt — in Washington — im Ernst nicht daran, diesen verhängnisvollen Weg zu verlassen, zum mindesten nicht in Ostasien. Aber vielleicht im *Vorderen Orient*? Außenminister Dulles hat tatsächlich nach seiner Blitztour durch den Mittleren Osten und nach Indien erklärt, Amerika werde eine «neue» Mittelostpolitik einleiten, unter Preisgabe des Planes für eine vorderasiatische Militärorganisation, mit einer beschränkten technischen Hilfe für die Länder dieser Weltgegend und mit Eingliederung Israels in das politische System des Mittleren Ostens. Allein man hat das Recht, dieses Versprechen nicht allzu extensiv auszulegen. In Einzelfragen mag Amerika gewiß eine bessere Rolle im Orient spielen können als bisher, beispielsweise in *Persien*, wo es sich durch seine (wirkliche oder nur scheinbare) Unterstützung der britischen Erdölpolitik fast ebenso verhaßt gemacht hat wie England selbst, oder auch in *Ägypten*, wo die Sturheit der Regierung Naguib und der Rückfall Churchills in die alten britischen Kolonialmethoden den Konflikt um die Räumung der Suezkanalzone aufs neue verhängnisvoll zu verschärfen drohen. Wenn die Vereinigten Staaten hier einen vorläufigen Kompromiß vermitteln könnten — und Ägypten hat allen Grund, sich die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe nicht zu verscherzen —, so wäre wenigstens eine Besinnungspause gewonnen, der dann später eine endgültige Lösung des Streitfalles folgen könnte. Aber über solche begrenzte Aktionen hinaus ist eine grundsätzliche und tiefgreifende Änderung der amerikanischen Orientpolitik aufs höchste unwahrscheinlich, solange die Vereinigten Staaten im Fernen Osten auf dem imperialistischen Gewaltweg bleiben und hinter der ganzen amerikanischen Weltpolitik die verhängnisvollen kapitalistischen Kräfte wirken, die mit Eisenhower vollends ganz Oberwasser bekommen haben. Wie soll sich Amerika in Vorderasien mit wirklichem Ernst für die soziale und nationale Freiheitsbewegung der unterdrückten Völker einsetzen, wenn es gleichzeitig in Ostasien im Bunde mit den korruptesten Feudalmächten die dort schon im Gang befindliche Revolution zu ersticken sucht? Der Umschwung zu einer *wirklich* neuen amerikanischen Außenpolitik muß in *ganz* Asien (und dazu in Europa, selbstverständlich) kommen — oder er kommt überhaupt nicht.

Von Douglas zu McCarthy Das wird einem besonders klar, wenn man das Buch des amerikanischen Bundesrichters *Douglas* «Strange lands and friendly people» («Fremde Länder — gute Menschen») liest, das diesen Herbst auch in deutscher Übersetzung (im Diana-Verlag, Zürich) herauskommen soll. Bundesrichter Douglas ist heftiger Antikommunist im üblichen Sinn; aber auf Grund wiederholter Reisen in Vorder- und Südostasien, die ihn während Monaten in enge Berührung mit allen Schichten der Bevölkerung gebracht haben, sieht er klar ein, daß die bisherige amerikanisch-westmächtliche Art, den Kommunismus zu bekämpfen, von Grund auf verfehlt ist. «Wir müssen», so sagt er im Schlußkapitel seines aufschlußreichen Buches,

«die Vorstellung aufgeben, die Welt könne oder solle nach amerikanischen Normen standardisiert werden. Mit Kugeln ist der Kommunismus nicht umzubringen... Die neue Welt, wie die Asiaten sie ersehnen, wird nicht dem Bauplan entsprechen, den wir uns für uns selbst aussuchen würden.» «Die Vereinigten Staaten wie die anderen Demokratien werden Sicherheit nicht in einem Gleichgewicht der bewaffneten Streitkräfte finden, sondern nur in einem Gleichgewicht der politischen Kräfte... Darum ist es so ungeheuer wichtig und dringlich, daß wir für Asien ein *politisches* und nicht ein militärisches Programm bereit haben.

... Politische Allianzen, die von Dauer sein sollen, lassen sich nicht auf die Macht von Waffen oder Dollars gründen, sondern nur auf ein Gefühl innerer Zusammengehörigkeit... Mit andern Worten: wir müssen mit Wärme und Verständnis an den Osten herangehen. Die Vergeltung wird bitter sein, wenn wir es weiterhin anders machen. Wer Asiens Dörfer bereist hat, dem ist es klar, daß die dort lebenden Menschen — falls wir die gleiche Rolle weiterspielen wie in den letzten fünf Jahren — sich zu einem großen Kreuzzug zusammenschließen werden: einem Kreuzzug wider Amerika. Nichts wäre unnötiger, nichts tragischer. Und doch steigt die amerikafeindliche Welle in Asien weiter; denn in den Augen der Asiaten ist Amerika zu mächtig, um mit ihnen zusammenzuarbeiten, und zu reich, um sie zu verstehen.»

Das ist nur zu wahr — wahrer, als Douglas selber glaubt. Denn eine Wendung der amerikanischen Außenpolitik in dem Sinne, wie er es meint, setzt eine *grundsätzliche Wendung der ganzen amerikanischen Lebensauffassung* voraus — eine Abkehr namentlich von jenem Reichtumsstreben und materialistischen Zivilisationsideal, das den Großteil des amerikanischen Volkes mit solch hypnotischer Gewalt beherrscht. Die Amerikaner rühmen andauernd — und ihre falschen Freunde beten es auch bei uns nach — den glänzenden, beispiellosen Erfolg der kapitalistischen Wirtschaftsweise und Lebensform in ihrem Lande. Und wirklich: der Kapitalismus *hat* in Amerika, dank besonderen Umständen, unerhörten Erfolg gehabt; er hat das amerikanische Volk — oder doch seine Ober- und Mittelschicht, wozu auch die besserbezahlten Arbeiter gehören — märchenhaft reich und mächtig gemacht. Amerika ist wirklich zur reichsten und mächtigsten Nation der Erde geworden. Aber um welchen Preis! Es hat dabei seine Seele verloren! Wenn irgend einmal, so trifft heute auf Amerika Jesu Wort zu, daß es dem Menschen nichts nütze, wenn er auch die ganze Welt gewinne, sofern er sein wirk-

liches Leben darob verliere. Und was uns in diesem Zusammenhang besonders klar wird: ihr Reichtum und ihr Reichtumsstreben hat die Amerikaner unfähig gemacht, anders als in kapitalistischen Begriffen zu denken und Menschen, Klassen und Völker zu verstehen, die *nicht* in diesen Begriffen denken, deren Lebensideal *nicht* der amerikanische «way of life» ist, die vielmehr in einer Revolution gegen alles, was Kapitalismus und Imperialismus heißt, begriffen sind. Und das ist ja in Asien und Afrika wie in Ost- und Südeuropa nicht mehr die bürgerlich-demokratische Revolution, aus der auch Amerika hervorgegangen ist; es ist die soziale, ja die sozialistische Revolution, die nur dann nicht in kommunistisch-gewaltsamen Formen geschehen könnte, wenn die «demokratischen» und «christlichen» Völker den «zurückgebliebenen» Nationen eine bessere, höhere Art Revolution zeigen und vorleben könnten. Es ist die verdiente Strafe für sein Sichverlieren an den Geist des Kapitalismus, daß das moderne Amerika diese weltweite Revolution nicht nur nicht versteht, sondern sich auch in eine hysterische Angst vor ihrem Übergreifen auf Amerika selbst hineingesteigert hat und sich durch sie auf einen Weg hat treiben lassen, der deutlicher und deutlicher in einem dritten Weltkrieg zu enden droht. Wird Amerika noch beizeiten von diesem Weg abkommen? Wird sich Douglas durchsetzen oder McCarthy? Roosevelt oder Eisenhower? Christus oder Mammon?

Treibende Kräfte Im Anfang unseres Jahrhunderts — und auch schon vorher — erlebten die Vereinigten Staaten eine verheißungsvolle sozialistische Bewegung. Der tapfere Eugen Debs, der wiederholt für die Präsidentschaft kandidierte, erhielt noch 1912 fast eine Million Stimmen (was heute etwa drei Millionen Wählern entspricht), obwohl oder gerade weil er ein klar sozialistisches Programm verfocht. Und radikal-sozialistische Literatur überschwemmte geradezu ganz Amerika; das kleine Wochenblatt «Appeal to Reason» («Ruf zur Vernunft») hatte jahrelang eine Auflage von über 300 000. Henry George, Bellamy, Upton Sinclair und Jack London gehörten zu den am meisten gelesenen Schriftstellern. Heute ist das «freie Unternehmertum», ist Antikommunismus und MacCarthyismus Trumpf; Sozialismus ist zu einem richtigen Schimpfwort geworden, ja alles auch nur zahm Liberale wird als Landesverrat, als unamerikanisch verfemt und verfolgt.

Der wirtschaftliche Hintergrund dieser Lage ist die Tatsache, daß Produktion und Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten von Jahrfünft zu Jahrfünft sprunghaft gestiegen sind. Allein zwischen 1929 und 1952 hat sich die Industrieproduktion verdoppelt; der Rohertrag der amerikanischen Gesamtwirtschaft hat sich zwischen 1941 und 1952 sogar verdreifacht, desgleichen das sogenannte Volkseinkommen; die Kapitalgewinne sind im gleichen Zeitraum sogar fünfmal höher geworden. Grund genug für die Nutznießer dieses Aufschwungs, für seine Dauer zu fürchten und aus Angst vor dem Kommunismus, der mit dem

ganzen Kapitalismus Schluß zu machen droht, fast den Verstand zu verlieren! Dies um so mehr, als der Güter*verbrauch* mit der Güter*erzeugung* bei weitem nicht Schritt gehalten hat, das heißt Absatzstockung und Krise immer eine Gefahr bleiben, und die Erinnerung an den großen Zusammenbruch zu Beginn der dreißiger Jahre und an Roosevelts «Sozialismus» den Normalamerikaner noch immer tief erschreckt. Forcierung der Ausfuhr von Waren und Kapital ist *ein* Mittel, um Absatz und Produktion in Einklang zu bringen; massive Rüstungsproduktion ein anderes, ja das als entscheidend erachtete. Und beide treiben zu einer expansionistischen, gewalttätigen Außenpolitik, insbesondere zum rücksichtslosen Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus, der vor nichts zurückschrecken darf.

Ein kleines Beispiel. In *Guatemala* ist jetzt eine gewisse Bodenbesitzreform im Gang. Bisher waren 70 Prozent des anbaufähigen Landes in den Händen von nur 2,2 Prozent der Bodenbesitzer; einige davon besitzen bis zu 1 302 000 Jucharten. Die kleinen Bauern und Pächter haben demgegenüber Gütchen im durchschnittlichen Umfang von ganzen dreieinhalb Jucharten. Daran sollen jetzt sehr maßvolle Änderungen erfolgen, vor allem durch die Nationalisierung von *unbebautem,* aber anbaufähigem Land. Aber schon das ist in amerikanischen Augen Kommunismus, und die von amerikanischem Kapital beherrschte United Fruit Company (Obstbau- und Verwertungsgesellschaft), die mächtigste Wirtschaftskraft in Guatemala und den kleinen mittelamerikanischen, den Vereinigten Staaten hörigen Republiken überhaupt, hat eine große Propaganda gegen die geplante Reform entfesselt, eine — allerdings mißglückte — Revolution dagegen angezettelt und Schritte getan, um ein Eingreifen der Nachbarstaaten Guatemalas gegen die «kommunistische» Regierung Arbenz herbeizuführen. Wieviel gewaltigere Mittel muß der amerikanische Kapitalismus erst einsetzen, um nicht das verhältnismäßig kleine Guatemala (es ist immerhin fast so groß wie England, zählt aber nur 2,7 Millionen Einwohner) zu bodigen, sondern die riesige Sowjetunion und das noch riesigere China mit ihren zusammen 600 Millionen Menschen!

Die Mobilisierung dieser gewaltigen Mittel für die radikale Zerstörung der Revolutionsherde ist ja auch schon seit Kriegsende planmäßig im Gang. Aber vielen Amerikanern geht es damit noch immer zu langsam, vor allem auch was die Ausrottung des Kommunismus (oder was sie dafür ansehen) in den Vereinigten Staaten selber anbelangt. Darum sind in den letzten Jahren *McCarthy* und sein Anhang eine Macht geworden, gegen die die Regierung und die offiziellen Kreise schon heute Mühe haben, sich zu behaupten, und die nach dem Urteil nicht weniger Amerikaner ernsthaft Aussichten haben, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen unmittelbar ans Ruder zu kommen. (Ein McCarthy nahestehender Demagog, Nixon, ist ja bereits Vizepräsident der Vereinigten Staaten.) Die McCarthy-Bewegung wird gewiß aus sehr ver-

schiedenartigen Quellen gespeist. Man vereinfacht aber die Dinge doch kaum, wenn man sie auf drei miteinander eng verbundene Grundströmungen zurückführt. McCarthy — um die Gesamtbewegung nach ihrem bekanntesten Träger und Agitator zu nennen — ist erstens Ausdruck des schlechten Gewissens, das die Besitzenden und ihre Mitläufer gegenüber der sozialen Revolution haben; zweitens Ausdruck der — oft nur halbbewußten — Empfindung, daß der Kampf gegen den Kommunismus, im bisherigen Stil weitergeführt, national und international mit einem völligen Mißerfolg enden werde; und darum drittens der fast verzweifelte Versuch, den drohenden Mißerfolg durch die schärfsten Mittel doch noch in einen Erfolg zu verwandeln. Dadurch wird sich McCarthy aber nur endgültig selbst enthüllen und derart übersteigern, daß sein Zusammenbruch unvermeidlich wird und mit ihm der ganze Antikommunismus einen tödlichen Schlag empfängt.

Der Vergleich mit Hitler drängt sich ja förmlich auf, bei allen Unterschieden, die zwischen den beiden Vorkämpfern eines aggressiven, verlogenen Antikommunismus und ihren respektiven Bewegungen selbstverständlich bestehen. Der «New Statesman» hat darum recht, wenn er vor der oberflächlichen, bagatellisierenden und etwas hochmütigen Beurteilung des McCarthyismus warnt, wie sie auch bei uns zulande üblich ist, wo man gern sagt: «Dieser McCarthy — das ist doch nur ein wüster Hetzer, der nicht weiter ernstzunehmen ist, weil hinter ihm keine reale Macht steht, ein häßlicher Auswuchs am amerikanischen Volkskörper, dessen *gemäßigter* Antikommunismus im übrigen durchaus gesund und richtig ist.» Nein, McCarthy offenbart nur, was das eigentliche *Wesen* des Antikommunismus ist und wohin er unvermeidlich führen wird, wenn er nicht radikal aus dem öffentlichen Leben Amerikas wie der anderen westlichen Länder ausgeschieden wird. McCarthy ist tatsächlich, wie das erwähnte Labourorgan sagt, «ein soziales Phänomen in dem Amerika des Kalten Krieges». Auch Adolf Hitler, der Schicklgruber der Variétés, sei zuerst als bloßer komischer Abenteurer abgetan worden — bis die Ruhrindustriellen und die preußischen Militärs ihn zum Werkzeug ihrer Pläne gemacht hätten. Ähnlich sammelten sich um McCarthy jetzt mächtige Interessen und einflußreiche Organisationen: römische Katholiken, viele Unternehmer und ihre Vertreter in beiden großen Parteien, die halbfaschistischen «Demokraten» der Südstaaten und ein Haufen höriger Druckgruppen, von der Amerikanischen Legion bis zu den Hearst-Blättern. «Es ist der Antikommunismus, der diese sozialen Gruppen zusammenbindet — ein tiefes soziales Unbehagen, das im Antikommunismus das gleiche Ventil findet, das so viele Deutsche im Antisemitismus fanden.»

Die Regierung und die sie stützenden Mächte können und wollen vorerst nicht ernsthaft gegen McCarthy vorgehen, obwohl es ihnen ein leichtes wäre, auf Grund des bei der Bundespolizei liegenden Materials McCarthy als Korruptionist ebenso schnell zu erledigen, wie das mit

einem seiner Vorgänger im Präsidium des Ausschusses zur Bekämpfung unamerikanischer Umtriebe, Thomas, geschehen ist. Aber zunächst *braucht* die Regierung ihn noch. Wie die «Monthly Review» schreibt:

«Das ganze Gebäude der Regierungspolitik, im Innern wie nach außen, ruht auf der Rotenhetze, und McCarthy ist der Champion der Rotenhetzer. Es wäre unmöglich, McCarthy zu diskreditieren, ohne die Kommunistenhetze als den schmutzigen Betrug bloßzustellen, der sie tatsächlich ist. Und nichts wäre gefährlicher als dies für eine Politik, die nach außen auf Welteroberung ausgeht und im Innern auf zunehmende Militarisierung.»

Und doch wird Eisenhower um die offene Auseinandersetzung mit McCarthy und seiner Partei auf die Länge so wenig herumkommen, wie Truman um die Kraftprobe mit MacArthur und seiner Partei herumgekommen ist. Ob aber bis dahin nicht Unheil geschehen sein wird, das nur schwer wiedergutzumachen ist? Auf alle Fälle ist die McCarthy-Bewegung noch immer im Aufstieg begriffen, und es wäre — bei aller Notwendigkeit des tapfersten Kampfes gegen sie — unrealistisch, auf einen baldigen Sieg des *anderen* Amerikas über McCarthy und den ganzen brutal-reaktionären Kapitalismus zu hoffen, der hinter der Außenpolitik der Vereinigten Staaten stärker und zielbewußter am Werk ist als je. Der Umschwung muß wohl von anderswoher kommen[5].»

Wird England unabhängig? Wir werden damit neuerdings auf die Notwendigkeit gestoßen, die amerikanischen Kriegskräfte *von außen her* unwirksam zu machen. Denn man kann es nicht oft genug wiederholen: Amerika ist nicht imstande, einen Krieg von größerem Ausmaß zu führen, weder in Asien noch in Europa, wenn es nicht auf das Militär- und Wirtschaftspotential Westeuropas zählen kann. Eine *europäische Unabhängigkeitsbewegung,* die sich bis zu den entscheidenden Kommandostellen hinauf durchsetzen würde, vermöchte darum die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen

[5] Wie fest sich das gegenrevolutionäre Amerika im Sattel fühlt, ersieht man auch aus der Ablehnung aller Bemühungen, das Ehepaar *Rosenberg* vor dem elektrischen Stuhl zu retten. Mögen auch Julius und Ethel Rosenberg nicht so unschuldig sein, wie sie standhaft behauptet haben (diese ihre Standhaftigkeit im Angesicht des Todes scheint freilich doch für ihr gutes Gewissen zu sprechen), so haben sie doch ganz gewiß kein todeswürdiges Verbrechen begangen. Sie sind einfach Opfer des bösartigen Antikommunismus geworden. Schmach über ein Amerika, das diesen Justizmord begeht!

Ein schlechtes Zeichen ist auch, daß Präsident Eisenhower kürzlich die höchsten Wehrmachtsposten mit ausgesprochenen Scharfmachern besetzt hat. Insbesondere der neue Vorsitzende des Rates der Stabschefs, Admiral Radford, wird als «glänzender, aber ungeduldiger Anwalt der ‚Macht's-allein'-Schule» beschrieben, der noch unlängst verlangt habe, die Vereinigten Staaten müßten nötigenfalls auf eigene Faust eine Flottenblockade über China verhängen. Sein Vorgänger, General Bradley, übte gerade in der Frage der Ausdehnung des Koreakrieges auf China einen mäßigenden Einfluß aus; er war der Hauptgegner MacArthurs innerhalb der Militärhierarchie. Auch der neue Chef der Militärorganisation der Nordatlantikstaaten, General Grünther, ist als Draufgänger bekannt.

dem Sowjetblock und dem amerikanischen Weltreich auf alle absehbare Zeit zu bannen. Stimmungsmäßig, von den Völkern her, ist eine solche Unabhängigkeitsbewegung ja schon längst im Gang[6]. Westeuropa fühlt sich mehr und mehr als bloßer Gegenstand amerikanischen Herrschaftsstrebens. Es hat Mühe, auch nur die nötigsten Rohstoffe für seine Industrie zu finden; Amerika stapelt alles Erreichbare für sich selber auf. Das Einströmen amerikanischen Kapitals und amerikanischer Waren engt die wirtschaftliche Selbständigkeit der westeuropäischen Länder mehr und mehr ein, und zwar um so empfindlicher, als auch die neue deutsche und japanische Konkurrenz, die von den Vereinigten Staaten planmäßig aktiviert wird, von Jahr zu Jahr bedrohlicher wird. Dazu kommt die Stationierung erheblicher amerikanischer Streitkräfte in den west- und südeuropäischen Ländern, die kaum mehr viel anderes sind als große amerikanische Wehrmachts- und Operationsbasen. Nicht zu reden von dem oft so anmaßenden und rohen Auftreten der amerikanischen Besatzungstruppen, das weitherum böses Blut in der Bevölkerung macht.

Aber dieser mehr gefühlsmäßige Widerstand gegen die amerikanische Oberherrschaft muß sich eben auch in einer klaren *politischen* Haltung ausdrücken. Vor diese Aufgabe sieht sich vor allem *England* gestellt. Denn England geht ja seit Kriegsende recht eigentlich an amerikanischen Wirtschaftskrücken. Das war vielleicht anfangs nicht zu vermeiden oder doch nur dann, wenn sich das britische Volk noch viel härtere Einschränkungen auferlegt hätte, als es ohnehin tun mußte. Aber so kann das nicht weitergehen. Nicht nur weil die wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika auch eine weitgehende politische Bindung an die Vereinigten Staaten mit sich gebracht hat, die in England als immer lebensgefährlicher erkannt wird, sondern auch aus rein wirt-

---

[6] Das beweisen neuerdings die *italienischen Parlamentswahlen*. Die klerikale Regierungspartei mit ihren Anhängseln, eingeschlossen die Sozialdemokratie, hat sicherlich alles getan, was sie nur konnte, um sich eine zuverlässige Mehrheit im neuen Parlament zu sichern. Vor allem hat sie fast im letzten Augenblick noch jenes betrügerische Wahlgesetz durchgedrückt, das der von de Gasperi beherrschten Koalition ein paar Dutzend Extramandate zugeschanzt hätte, wenn sie nur wenigstens 50,1 Prozent der Stimmen bei den Kammerwahlen bekommen hätte; sie ließ die neue amerikanische Botschafterin, Frau Luce, mit Entzug der USA-Hilfe drohen, falls die Linke gewinnen sollte; sie hat natürlich auch, wie vor fünf Jahren, Kanzel und Beichtstuhl ausgiebig in ihren Dienst stellen lassen. Es half aber alles nichts. Im Senat bekam die Regierungskoalition zwar noch einmal eine knappe Mehrheit, aber in der Kammer reichte es ihr nicht einmal zu den 50 Prozent Stimmen — es sei denn, sie korrigiere durch nachträgliche Schiebungen das Wahlglück doch noch zu ihren Gunsten. Die sogenannten Christlichdemokraten haben gegen 1948 zwei Millionen Stimmen verloren, und ihre kleinen Verbündeten sind sogar fast erledigt, während die Monarchisten und Faschisten auf 3,4 Millionen Stimmen hinaufgeschnellt sind und die Linkssozialisten und Kommunisten auch 1,4 Millionen Stimmen gewonnen haben. Mit ihrer alten Mehrheit werden so die Parteien der Mitte nicht mehr weit kommen; vielleicht, daß der konservative Klerikalismus jetzt mit der extremen Rechten ins Geschäft zu kommen sucht, um die drohende soziale Revolution abzuwenden. Was diese natürlich nur beschleunigen könnte. Amerika hat auf jeden Fall eine Schlacht verloren. Die Völker West- und Südeuropas erwachen! (12. Juni.)

schaftlichen Gründen. Schon ein verhältnismäßig schwacher wirtschaftlicher Rückschlag in Amerika müßte England zum Verhängnis werden. Nach John Strachey, dem früheren Labourminister, hätte eine Verminderung des Güterverbrauches in Amerika auch nur um 4 Prozent einen Rückgang der Ausfuhr des Sterlingblocks nach den Vereinigten Staaten um einen Drittel zur Folge. («New Statesman» 23. 5.) Aber auch abgesehen davon empfindet man es in England als unwürdig und verkehrt, auf die Länge ein Kostgänger Amerikas zu sein und so allmählich zum bloßen Dienstmann der amerikanischen Wirtschaftsmacht herabzusinken. Professor Cole bezeichnet es daher in der «Tribune des Peuples» (Nr. 1) als die zentrale Aufgabe der englischen Politik, «Großbritannien wirtschaftlich wieder auf eigene Füße zu stellen, damit es wieder Herr seiner Geschicke wird und imstand ist, ohne jemanden anzubetteln, nicht nur seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern auch seinen Beitrag an die wirtschaftliche Entwicklung der am wenigsten fortgeschrittenen Teile der Welt zu leisten.»

Wir können hier nicht im einzelnen auf den Weg eintreten, den Cole zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt, und der vor allem die Aufrichtung einer durchgreifenden Planwirtschaft mit weiteren Sozialisierungen einschließt. Es genüge, zu sagen, daß dieser Weg *hart* sein und dem britischen Volk neue, langdauernde Entbehrungen nicht ersparen wird, also nicht populär sein kann; und sodann, daß nach Cole die Folge der neuen Wirtschaftspolitik eine Neueinstellung auch der britischen Außenpolitik sein müßte:

«Die Aufrechterhaltung einer starken Aufrüstung ist gänzlich unvereinbar mit der Ingangsetzung der Maßnahmen, die für die Wiederherstellung der britischen Wirtschaft nötig sind... Eine solche Orientierung wird wenn nicht den Bruch mit den Amerikanern zur Folge haben, so doch die Weigerung, ihrer Führung zu folgen. Es wird von ihnen abhängen, ob sie bei der neuen Sachlage mit uns brechen oder die Logik der Tatsachen annehmen und ihre Politik danach einrichten wollen. Brechen sie mit uns, so werden sie um so weniger imstande sein, ohne unsere Hilfe einen Krieg auszulösen; nehmen sie die Lage als gegeben hin, dann werden sie den Gedanken aufgeben müssen, den Westen zu einem antikommunistischen Kreuzzug zusammenzuschließen, und gezwungen sein, die Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens mit der Sowjetunion zu prüfen.»

Unabhängigkeit von Amerika also nicht nur als selbständiges Ziel der britischen *Politik*, sondern auch als unerläßliches Mittel der Wiedergesundung der britischen *Wirtschaft*.

„Frankreich stirbt sachte ab" Die Lage Frankreichs ähnelt derjenigen Englands und ist doch wieder davon sehr verschieden. Auch Frankreich lebt seit 1945 wirtschaftlich von amerikanischer Unterstützung. Aber, wie Claude Bourdet in der «Tribune des Peuples» schreibt: «In Großbritannien war sie (die amerikanische Unterstützung) der Rettungsgürtel, der einem mutigen Kauf-

mann in schwieriger Lage zugeworfen wurde, damit er gegen die Strömung aufkommen könne. In Frankreich war sie der Vorschuß, den ein bedürftiger und jammernder Unternehmer erpreßt hat, weil er unbedingt entschlossen war, seinen Riemen nicht enger zu schnallen. In Großbritannien sollte die amerikanische Hilfe dazu dienen, neue Anstrengungen zu machen; in Frankreich dazu, solche Anstrengungen zu vermeiden.»

Es ist darum nur natürlich, daß Frankreich wirtschaftlich nicht gesunden konnte. «La France aussi meurt doucement» ist der Titel eines Artikels von Georges Suffert in der erwähnten Pariser Zeitschrift. Frankreich stirbt langsam ab; es serbelt sowohl wirtschaftlich als politisch dahin. Sein Volkseinkommen betrug im Jahre 1950 nur 493 Dollar je Kopf der Bevölkerung, gegen 635 in England und 1573 in den Vereinigten Staaten. Die Industrieproduktion ist völlig ungenügend; in der Sowjetunion beträgt zum Beispiel die jährliche Zunahme der Kohlenförderung 24 Millionen Tonnen oder 40 Prozent der französischen *Gesamtförderung*. Der Verbrauch elektrischer Kraft entspricht in den Vereinigten Staaten dem Verbrauch von neun Tonnen Kohle je Kopf; in England sind es fünf Tonnen, in Frankreich nur 2,35 Tonnen. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren es 2,14 Tonnen — ein Fortschritt von wenigen Dezimalen. Die französische Landwirtschaft ist krank; die mittlere Getreideerzeugung beträgt zwar jetzt etwa 18 Zentner je Hektare gegen 15 vor dem Krieg, aber eine Reihe von Departementen weist eine Abnahme der Getreideproduktion auf, während andere auf einem außerordentlich niedrigen Stand verharren.

«Bei alldem», sagt Suffert, «geht es nicht einmal bloß um die Unabhängigkeit; es geht ums Weiterleben. Wenn wir nicht die notwendige Anstrengung fertigbringen, werden wir morgen ein Land wie Italien sein und ein paar Jahre nachher auf der Stufe von Spanien stehen. Der Kampf um die Demokratie wird auf diesem Boden ausgefochten; ein rückständiges Land kann nicht demokratisch sein. Die Demokratie hängt mit der Produktion zusammen, mit Maschinen, Fabriken, modernen Ackerbaustationen usw. Auch das Schicksal der Revolution der Arbeiterschaft steht hier auf dem Spiel; denn was hülfe uns ein Erfolg der Revolution, wenn wir ganz einfach eine Kolonie geworden wären?»

Frankreich ist tatsächlich auf den Rang einer amerikanischen Kolonie heruntergesunken, wirtschaftlich und namentlich politisch. Es hat, so stellt Bourdet fest, die amerikanische Hilfe nur bekommen, indem es die Kommunisten aus der Regierung entfernte. Es drohte mit dem kommunistischen Gespenst immer wieder, wenn es Dollars brauchte. Es konnte und kann seinen indochinesischen Krieg nur mit amerikanischer Unterstützung führen. Es paßte sich mehr und mehr dem System der «freien Wirtschaft» an, das in Amerika Alleingeltung hat, nachdem bei Kriegsende der Weg zum Sozialismus offengestanden hatte:

«Im Gefühl, die Vereinigten Staaten im Rücken zu haben, faßte das französische Bürgertum wieder Mut und ging sehr rasch daran, sich mit seinen Gegnern zu messen — und dann sie zu liquidieren. Von diesem Augenblick nahm die französische Politik ein täglich reaktionäreres Tempo an.

...Da die Rückkehr zu der Dreiparteienkoalition (mit den Kommunisten) infolge des Marshallplanes unmöglich geworden war, konnte die Rechte die Republikanische Volksbewegung und die Sozialisten auf äußerst wirksame Art erpressen mit der Drohung, sich aus der Koalition zurückzuziehen; die Sozialisten gerieten so auf die Bahn einer Politik, die allen Interessen der Arbeiterschaft zuwider war. Das wirtschaftliche Ergebnis war eine Preissteigerung, die viel rapider vor sich ging als die Lohnerhöhung, trotz der Steigerung der Produktion; das politische Ergebnis aber waren die Festigung der Kommunistischen Partei und die Abkehr des Arbeiterelements und der besten Vertrauensleute von der Sozialistischen Partei. Also genau das Gegenteil dessen, was man theoretisch mit Hilfe des Marshallplanes hatte erreichen wollen.»

Dieser ganze Tatbestand steht hinter der politischen Dauerkrise, von der Frankreich erfaßt ist, steht auch hinter der jüngsten Regierungskrise, die schon mehr eine eigentliche Krise des ganzen Regimes ist, unter dem Frankreich leidet. Wird Frankreich bald wieder gesunden? Wird es die Vormundschaft Amerikas abzuschütteln die Kraft finden? Wird es der Wiederaufrüstung Westdeutschlands doch noch die Zustimmung verweigern? Es ist zum mindesten fraglich. Ein hoffnungsvoll stimmendes Zeichen ist immerhin das Wiedererwachen der französischen Arbeiterschaft, deren jüngste Streikbewegungen keineswegs nur eine Antwort auf die zunehmende Senkung der Lebenshaltung sind, sondern auch ein Protest gegen die soziale Reaktion, gegen die Unfähigkeit und Korruption in Regierung und Verwaltung, gegen den katastrophalen Krieg in Indochina und gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Und es ist Del Vayo zuzustimmen, wenn er (in der «Nation», 16. Mai) glaubt, die neue Regsamkeit der französischen Arbeiter könne einen tiefen Einfluß auf die künftige politische Entwicklung in Europa haben. «Wir stehen erst am Anfang einer neuen Wegrichtung, und ich wäre sehr überrascht, wenn die alterprobte Taktik einer Vorspiegelung der Gefahr einer russischen Invasion, an die jeden Tag weniger Franzosen glauben, die Arbeiter wieder in Schlaf zu versetzen vermöchte.»

Deutsche Neuorientierung? Je unsicherer England und Frankreich werden, desto mehr verläßt sich Amerika auf *Westdeutschland*, dessen Ostpolitik mit derjenigen der Vereinigten Staaten parallel läuft. Das ist ja der schwere Albdruck der Russen: daß ein mit amerikanischem Geld wieder aufgerüstetes und von der amerikanischen Atomluftwaffe unterstütztes Westdeutschland aufs neue losschlagen und wenn nicht die Sowjetunion zerstören, so doch ihr Schäden und Verluste zufügen könnte, die, wenn überhaupt, auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr heilbar wären. Darum die wiederholten russischen Friedensinitiativen und besonders das sowjetische Bemühen, den endgültigen Anschluß Westdeutschlands an das atlantische Militärsystem zu verhindern. Bisher hat die Sowjetunion, über gewisse moralische Wirkungen hinaus, damit noch keinen Erfolg gehabt. Aber sie hat auch noch nicht ihre letzte Karte ausgespielt. Wohl hat sie, an die eigenen nationalen Bestrebungen der Deutschen anknüpfend, im Frühjahr 1952

den Westmächten eine Lösung der deutschen Frage in dem Sinne vorgeschlagen, daß die beiden jetzt getrennten Hälften Deutschlands auf Grund gemeinsamer Wahlen wiedervereinigt und sogar eine eigene Armee bekommen sollten, wenn zuvor sichergestellt sei, daß sich Deutschland keinem der bestehenden Bündnissysteme anschließe. Allein die Westmächte haben gerade diese Bedingung immer schroff abgelehnt — von ihrem und namentlich vom amerikanischen Standpunkt aus ganz selbstverständlich, da ja sonst die ganze «Eindämmungs-» und «Befreiungspolitik» gegenüber Osteuropa zusammenbräche. Aber was geschähe, wenn nun die Sowjetunion ein ähnliches Angebot *direkt an Deutschland* richtete? Wenn es ihm Einheit und eine nationale Armee anböte und als Gegenleistung den Abschluß eines deutsch-russischen Nichtangriffvertrags forderte, der all die Abmachungen mit dem Westblock unnötig machte, Abmachungen, die in Westdeutschland selbst weithin mit größtem Widerstreben eingegangen werden, weil damit die Abspaltung des Ostens verewigt und dazu die Gefahr eines allverheerenden Krieges mit dem Sowjetblock heraufbeschworen würde?

Die Wirkung eines solchen Angebots auf Deutschland wäre um so stärker, als die Sowjetunion der deutschen Industrie auch einen gewaltigen Absatzmarkt in Aussicht zu stellen vermöchte, der von Albanien bis China reichte. Auch wenn die im September fälligen Neuwahlen zum westdeutschen Bundestag davon nicht entscheidend beeinflußt würden, so könnte doch die weitere Entwicklung in Westdeutschland dadurch in erheblichem Maße mitbestimmt werden, einerlei ob es schließlich zur endgültigen Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft kommt oder nicht. Die Sowjetunion könnte jedenfalls darauf zählen, daß bei gesamtdeutschen Wahlen die Sozialdemokraten, sei es allein, sei es zusammen mit den Kommunisten (die in Ostdeutschland eine nicht unbedeutende, an der neuen Ordnung unmittelbar interessierte Anhängerschaft behalten werden), eine feste Mehrheit gewinnen würden. Und dann würden die Sozialdemokraten, wie ihre Führer immer wiederholen, unzweifelhaft den Pariser Vertrag aufkünden und durch ein neues Abkommen ersetzen, das Deutschlands Bindung an den Westen so lockern würde, daß die Russen kaum mehr viel dagegen einzuwenden hätten. Kurz, die Sowjetunion hätte kaum irgend welche Hemmungen, Ostdeutschland preiszugeben, wenn sie davor gesichert wäre, daß ein neugeeinigtes Deutschland als Sturmbock gegen den Ostblock mißbraucht würde. Ja, man könnte sich sogar vorstellen, daß sich allfällige Ausdehnungsbestrebungen des «neuen» Deutschland eher nach Westen richten würden, vor allem auf die Saar hin, wenn nicht gar auf das Elsaß, das man in Deutschland noch lange nicht abgeschrieben hat.

Was aber würde aus Deutschlands Ostgrenze? Wäre die Sowjetunion imstande, Polen ein weiteres Mal teilen zu lassen und Deutschland seine verlorenen Ostprovinzen zurückzuerstatten? Würde sie

riskieren, daß im Schoße der Tschechoslowakei ein neuer sudetendeutscher Unruheherd entstünde? Und wäre sie bereit, selber Ostpreußen zu opfern, aus dem sie jetzt eine so formidable militärische Operationsbasis gemacht hat? Oder wären alle Beteiligten weitsichtig genug, um auf neue Grenzverschiebungen ein für allemal zu verzichten, dafür aber den politischen Grenzen ihre sachliche Bedeutung zu nehmen und wirtschaftliche wie persönliche Freizügigkeit zwischen Deutschland einerseits, Polen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei anderseits herzustellen? Die Frage der deutschen Ostgrenze muß jedenfalls irgendwie gelöst werden, wenn eine friedliche Verständigung zwischen Deutschland und dem Sowjetblock erreicht werden soll. Sonst schneiden sich die Russen ins eigene Fleisch, wenn sie die Hand zu einer Wiederaufrichtung der deutschen Wehrmacht bieten.

Aber wäre mit einer deutsch-russischen Verständigung auf breiter Grundlage nicht die Kriegsgefahr für Europa so entscheidend vermindert, daß nun *allgemein* abgerüstet werden könnte und somit auch eine neue deutsche Armee, auf die Rolle eines bloßen Grenzschutzes polizeilicher Art beschränkt, keine Bedrohung für Deutschlands Nachbarn mehr darstellte, weder für die östlichen noch für die westlichen? Wie dem auch sei: eine deutsche Abrüstung ist auf die Dauer nur im Rahmen einer allgemein-europäischen Abrüstung möglich. Das eine bedingt das andere; das deutsche Problem wird nur gelöst werden, wenn auch das europäische Problem gelöst wird, und umgekehrt hängt die Befriedung Europas davon ab, daß die deutsche Frage eine friedliche Lösung findet. Durch die Zurückgewinnung ihrer Unabhängigkeit gegenüber Amerika könnten sowohl England wie Frankreich entscheidend dazu beitragen, daß auch Westdeutschland von dem gefährlichen Weg abgedrängt wird, auf den es sich mit seiner Gefolgschaft gegenüber den Vereinigten Staaten begeben hat, und auf einen neuen, verheißungsvollen Weg gewiesen wird; anderseits müßte eine Wendung in Deutschland auch eine Umkehr der britischen und französischen Politik bewirken und einem neuen, selbständigen, mit dem amerikanischen wie dem sowjetischen Raum in friedlichem Austausch stehenden Westeuropa den Boden bereiten. Wo der Durchbruch zu diesem Europa geschieht, ob zuerst in der Mitte oder am Rand, das ist nicht so sehr wichtig; wichtig ist allein, daß er noch geschieht, bevor die im amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus zur Entladung drängenden Zerstörungskräfte ihre endgültige, volle Auswirkung auf unseren alten Erdteil gefunden haben. Für Amerika selbst wäre das der größte Segen.

5. Juni. *Hugo Kramer*